

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
2. Tagung des 3. Landesparteitages
03. März 2012, Bürgerhaus Güstrow

Beschluss

Solidarität für unser Land

Mecklenburg-Vorpommern ist ein reiches Land. Unser Reichtum sind die Menschen hier, die Natur, die Hochschulen und immer mehr Unternehmen, die gute Arbeit und Innovationen schaffen. Doch unser Land braucht Unterstützung.

In der älter werdenden Gesellschaft ist es notwendig, dass die Jüngeren Rücksicht nehmen und Hilfe leisten. Dafür werden sie beim Wissenstransfer und im Ehrenamt das Engagement der Älteren erwarten dürfen.

Durch die immer weiter fortschreitende Flexibilisierung der Arbeitszeiten sind unzählige Eltern, vor allem die vielen allein erziehenden Mütter, auf Hilfe bei der Betreuung ihrer Kinder angewiesen. Ihnen die notwendigen Angebote zu machen, damit sie weiter am Arbeitsleben teilnehmen können und nicht die Kinder zum Hindernis degradiert werden, das geht nur, wenn alle zusammen an einer Lösung arbeiten.

Die Landesregierung streicht Gelder bei denjenigen, von denen sie am wenigsten Widerstand erwartet. Sie gefährdet damit Existenzen und auch Infrastrukturen, die für eine Zukunft unseres Landes dringend gebraucht werden. Dem entgegenzutreten ist unverzichtbar. Es kann aber nur erfolgreich sein, wenn die Betroffenen und alle die sie unterstützen, zusammenstehen.

Unser Land braucht Solidarität.

SPD und CDU setzen ihre schlechte Politik der vergangenen Jahre fort. Der vorgelegte Doppelhaushalt für die Jahre 2012/2013 macht das deutlich. Es fehlt jeder Mut, die wichtigen Aufgaben, die für die Zukunft des Landes gelöst werden müssen, anzupacken. Stattdessen wird in genau diesen Bereichen gekürzt. Die Lehrerinnen und Lehrer brauchen endlich eine Verbesserung, nachdem sie über ein Jahrzehnt lang große Zugeständnisse gemacht haben. Um den Abbau von Stellen zu verhindern und so für eine ausreichend große Zahl von Personal an den Schulen zu sorgen, verzichteten sie auf einen erheblichen Anteil des ihnen zustehenden Tariflohns. Sie waren solidarisch untereinander. Sie waren solidarisch mit Schülerinnen, Schülern und Eltern. Sie waren solidarisch mit dem Land, das so Kosten in erheblichem Umfang einsparen konnte.

Statt nun bei einer sehr guten Haushaltslage endlich auch diejenigen zu beteiligen, die lange für andere verzichtet haben, verschärft die Landesregierung die Probleme weiter. Mit der geplanten Verbeamtung junger Lehrerinnen und Lehrer wird eine Zwei-Klassengesellschaft in den Lehrerzimmern eingeführt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Pflichtstundenzahlen reduziert werden und der Beruf auch im Angestelltenverhältnis attraktiver gemacht wird. Dazu sollte die Landesregierung endlich einen konstruktiven Dialog mit den Gewerkschaften suchen, statt am grünen Tisch zu entscheiden.

DIE LINKE steht für einen Einstellungskorridor für junge Lehrkräfte und die Absenkung der Pflichtstunden, vor allem für ältere Kolleginnen und Kollegen – so wie es vereinbart war.

Das ist unsere Forderung an die Landesregierung, um die Lernbedingungen der Kinder und Jugendlichen so zu ändern, dass Lernen schüler-, bedarfs- und zukunftsbezogen ausgerichtet wird und sich an den regionalen gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnissen orientiert. Ausreichende individuelle- und Gruppenförderung muss Normalität an den Schulen sein, um eine chancengleiche und auf die verschiedenen Voraussetzungen der Kinder gerichtete Schulpolitik in Mecklenburg-Vorpommern zu gestalten. Unterschiedliche Begabungen und Stärken dürfen kein Hemmnis für die Entwicklung der Kinder sein, sondern die Verschiedenheit muss Ausgangspunkt jeden pädagogischen Handelns werden. Darauf muss das Schulsystem ausgerichtet und gestaltet werden.

Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie andere Landesbedienstete sollten sich jetzt mit den Lehrerinnen und Lehrern solidarisieren, damit endlich Gerechtigkeit in die Lehrerzimmer des Landes kommt und die Qualität der Schulen nicht unter der schlechten Personalpolitik leiden muss. Wir sind überzeugt, es ist im Interesse aller in Mecklenburg-Vorpommern, wenn sich die Bedingungen für Lehrerinnen und Lehrer verbessern. Dadurch würden weniger Stunden ausfallen, die Motivation könnte sich erholen und der Krankenstand würde sinken. Das sind die Voraussetzungen für gesunde Schulen, bessere Abschlüsse und eine sinkende Abbrecherquote. Davon haben alle in Mecklenburg-Vorpommern etwas, nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer.

Ein Land ohne Kultur ist nicht lebenswert. Ein Tourismusland ohne Kultur ist nicht attraktiv. Mecklenburg-Vorpommern profitiert von der bestehenden Theater- und Orchesterstruktur. Sie ist Teil einer demokratischen Gesellschaft, Anker für die freie Kultur und sie bildet einen Zugang zu Literatur und Kunst. Doch die Theater und Orchester des Landes stehen in der schwersten Krise ihres Bestehens. Die Landesregierung aus SPD und CDU betreibt den kulturpolitischen Kahlschlag. Nur noch zwei Orchester sollen künftig für das gesamte Land finanziert werden. Seit 17 Jahren wurden die Zuschüsse des Landes an die Häuser nicht erhöht. Das ist ein bundesweit einmaliger Vorgang und ein kulturpolitisches Armutszeugnis. Die Kostensteigerungen seit 1994 haben die Theater und Orchester selbst verkraften müssen. Dazu haben sie beispielsweise so viel Personal abgebaut, dass die zusätzlichen Ausgaben aufgefangen wurden. Das ist Raubbau am eigenen Spielbetrieb, der nun auch die Qualität und somit auch die Einnahmen der Häuser gefährdet. Die Landesregierung muss sich endlich entscheiden! Stattdessen verstecken sich SPD und CDU feige hinter der Forderung, die Häuser sollten sich selbst sanieren. Zudem verlangt die Landesregierung von den Kommunen, die Theater- und Orchester weiterhin eigenständig zu finanzieren. Jedoch können sich die Kommunen dabei nicht auf die Unterstützung des Landes verlassen. Das ist unanständig und verantwortungslos. Diese Politik setzt auf die Entsolidarisierung der Kommunen untereinander.

Wir setzen dem unsere Solidarität mit den Künstlerinnen und Künstlern, den Angestellten der Theater und Orchester sowie den Gästen der Häuser im Land entgegen. Wir sind solidarisch mit den Kommunen des Landes, die von SPD und CDU in eine kannibalische Entscheidung gedrängt werden. Das haben wir mit unserer erfolgreichen Volksinitiative bewiesen und wir werden weiter für ein kulturvolles Land kämpfen.

Nirgendwo in Deutschland bekommen die Menschen so wenig Lohn für ihre Arbeit bezahlt wie in Mecklenburg-Vorpommern. Die Landesregierung aus SPD und CDU hat auch fast ein

halbes Jahr nach Beginn ihrer zweiten Amtszeit noch nichts unternommen, um daran etwas zu ändern. Es liegt kein Vergabegesetz auf dem Tisch und es gibt keinerlei Fortschritte, um die Tarifbindung der Unternehmen zu erhöhen. Auch bei der Frage nach einem Engagement im Bundesrat blockieren sich SPD und CDU gegenseitig, so wie bereits in den vergangenen fünf Jahren. Die Leidtragenden sind die vielen tausend Menschen in unserem Land, die weiter zu Niedrigstlöhnen arbeiten und dennoch den entwürdigenden Gang zum Jobcenter als Aufstocker antreten müssen.

Wer nicht selbst zu Hungerlöhnen arbeiten will, kann nicht wollen, dass es andere müssen. Je mehr Menschen zu schlechten Bedingungen arbeiten, um so größer wird die Gefahr, dass man selbst betroffen ist. Der Druck auf die Löhne macht vor niemandem Halt, wenn nicht alle zusammen für gute Löhne streiten. Deswegen ist es richtig, solidarisch miteinander für Mindestlöhne und Tarifbindung zu kämpfen. Das hilft allen in diesem Land.

DIE LINKE hat eine Volksinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn gestartet. Wir wollen sicherstellen, dass wenigstens bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Angestellten nicht arm trotz Arbeit sind. Darüber hinaus wollen wir einen gesetzlichen Mindestlohn für alle in Deutschland.

Auch hier gilt es, Solidarität zu beweisen. Unser Land wird davon profitieren, wenn wir einen anderen Weg gehen, als es die Landesregierung derzeit tut. Sie setzt auf Entsolidarisierung und spielt verschiedene Interessen gegeneinander aus.

DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern engagiert sich für ein Land der Bildung, der vielfältigen Kultur und der guten Löhne für gute Arbeit. DIE LINKE wird weiter Politik für das ganze Land machen. Uns geht es darum, dass nicht Positionen der Stärke mit Willkür gemischt und gegen die Abhängigen und Schwachen eingesetzt werden. Was dem ganzen Land nützt, nützt auch den Einzelnen. Deswegen wollen wir ein Mecklenburg-Vorpommern des Miteinanders, des Ausgleichs, des Respekts voreinander. Wir wollen ein solidarisches Mecklenburg-Vorpommern.